



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 05.07.2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Der sogenannte IS verübt einen Anschlag in Bagdad, es stellt sich heraus, dass die Zahl der Todesopfer bei mindestens 213 Menschen liegen muss.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/is-anschlag-in-bagdad-opferzahl-steigt-sprunghaft-auf-mehr-als-200-a-1101162.html> (04.07.16)
- Seit heute weist Ungarn Geflüchtete direkt an der Grenze nach Serbien und Kroatien ab sofern sie aufgegriffen werden. Die Menschen werden ohne Asylverfahren ausgewiesen.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-will-fluechtlinge-offenbar-ohne-verfahren-abschieben-a-1101314.html> (05.07.16)
- Der Klage der FPÖ gegen die Auszählung bei der Präsidentschaftswahl in Österreich wurde stattgegeben, die Wahl wird wiederholt.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-07/oesterreich-wiederholt-bundespraesidentenwahl> (01.07.16)
- Erstmals seit seiner Einführung wendet die dänische Regierung das sogenannte „Schmuckgesetz“ an mittels dessen Geflüchteten Bargeld und Wertsachen entwendet werden kann. Kritik kommt auch von dänischen Polizist*innen selber. Auch in Deutschland müssen Geflüchtete bei der Einreise einen Teil ihres Vermögens abgeben.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-06/fluechtlinge-daenemark-bargeld-beschlagnahmt-schmuckgesetz> (30.06.16)

Bund, Land, Kommune

- ProAsyl kritisiert das geplante Integrationsgesetz welches diese Woche den Bundestag passieren soll. Die Integrationsleistungen würden zwischen Menschen mit „guter“ und „schlechter Bleibeperspektive“ unterscheiden, letztere würden damit diskriminiert und verlören wertvolle Zeit. Die Wohnsitzauflage sei unsinnig, die meisten Menschen würden Jobs über Netzwerke und nicht das Jobcenter erhalten. Die zu schaffenden 100.000 80-Cent-Jobs seien nicht als reguläre Arbeit im eigentlichen Sinne zu bezeichnen. Die Aussetzung von Abschiebungen während einer Ausbildung sei zu begrüßen, doch hätte ein weitreichenderer Aufenthaltstitel anstelle der Duldung mehr Sicherheit für Auszubildende und Auszubildende bedeutet.
<http://www.migazin.de/2016/07/04/pro-asyl-vorsitzender-integrationsgesetz-geist/> (04.07.16)

- Die Rückkehrberatungsstellen der Länder verzeichnen Zulauf. Die Trennung von ihren Familien ist für viele Geflüchtete belastend, sie ziehen es vor, in ihre Herkunftsstaaten zurückzukehren.
http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-syrer-wollen-deutschland-verlassen.1773.de.html?dram:article_id=359051 (04.07.16)
- Nachdem bereits letzte Woche ein internes Papier des BAMF öffentlich wurde, welches belegt, dass nur 1% der Entscheidungen auf ihre Richtigkeit hin überprüft werden, berichtet das *Handelsblatt* von einem tatsächlich fehlerhaften Bescheid. Dieser wurde von einer erst kurz zuvor eingestellten Mitarbeiterin ausgestellt die offenbar davon ausging, dass Homosexuelle in Syrien ein tolles Leben haben – unabhängig davon, dass da Bürgerkrieg ist. Das Bundesinnenministerium möchte jetzt das Qualitätsmanagement im BAMF verbessern.
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fluechtlingspolitik-innenministerium-reagiert-auf-fehlerhafte-asybescheide/13802460.html> (05.07.16)
- Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden Josef Schuster geht in einer Rede auf die Befürchtungen der jüdischen Bevölkerung in Deutschland vor wachsendem Antisemitismus ein. Schuster geht mit der Ankunft Geflüchteter aus arabischen Ländern davon aus, dass mit dem Nahostkonflikt verbundene, auch antisemitische Feindbilder gegenüber Israel in Deutschland stärkeren Ausdruck finden werden. Einen konkreten Anlass für Schusters Ausführungen ist allerdings nicht ersichtlich. Gleichzeitig bezeichnete Schuster den Zulauf bei Pegida und AfD als Schaden an der „politischen Kultur in diesem Land“, Antisemitismus reiche heute weit in die Mitte der Gesellschaft.
Bereits am 14.03.2016 zeigten die *tagesthemen* der ARD Zahlen des Bundesinnenministeriums zu antisemitischen Straftaten im Jahr 2015. Von 740 begangenen Vorfällen seien 691 auf eine rechte Motivation zurückzuführen, das entspricht 93,4%. Ein Anwachsen von antisemitischen Einstellungen und Straftaten ist dabei tatsächlich zu verzeichnen (vgl. Pressespiegel 20160316).
<http://www.dw.com/de/schuster-warnt-vor-antisemitismus-durch-fl%C3%BCchtlinge/a-19363349> (29.06.16)
<http://www.ardmediathek.de/tv/Tagesthemen/tagesthemen/Das-Erste/Video?bcastId=3914&documentId=34106670> (14.03.16)
Zur Herausforderung, antisemitische Einstellungen zu erfassen, auch in Hinsicht auf die Unterscheidung von Israelkritik und Antisemitismus und dessen Ausprägung des Antizionismus sowie zur Verbreitung von latentem Antisemitismus siehe diese beiden Artikel des *tagesspiegel*:
<http://www.tagesspiegel.de/politik/strafaten-gegen-juden-wie-antisemitisch-ist-deutschland/13593906.html> (13.05.16)
Speziell zur kürzlich veröffentlichten Mitte-Studie der Universität Leipzig:
<http://www.tagesspiegel.de/politik/mitte-studie-der-uni-leipzig-sterben-die-antisemiten-wirklich-aus/13746210.html> (17.06.16)
- Die Stadt Dresden meldet 28 Asylsuchende als obdachlos. Der stadteigene Wohnungsbestand reicht nicht aus. Die Stadt versucht, diese Personen in Übergangsunterkünften unterzubringen.
<http://www.dnn.de/Dresden/Lokales/Schon-28-Asylbewerber-sind-obdachlos> (28.06.16)

Hintergrund und Meinung

- Was hat der Brexit im Pressespiegel zur Asylpolitik zu suchen? Für Bernd Ulrich von der *Zeit* sind Entscheidungen, Wahlen und Abstimmungen wie das Referendum der Brit*innen, die Präsidentschaftswahlen in Österreich oder den USA und andere inzwischen Ausdruck des Konflikts zwischen „liberalen Internationalisten“ und „autoritären Nationalisten“. Beide Enden dieser politischen Polarisierung würden ihre je eigene Antwort auf die letzte,

erodierende „Meta-Ungerechtigkeit“ finden, für Ulrich die fallende Mauer zwischen globalem Norden und Süden. Die einen versuchten, die neue Lage als Chance zu begreifen und konstruktiv wie inklusiv an der Überwindung dieser Ungerechtigkeit mitzuwirken. Die anderen versuchten, die Mauern wieder hochzuziehen, dabei immer den Untergang vor Augen und einer metaphysischen Auffassung von Geschichte im Kopf.

Ulrich nennt die fallende Mauer zwischen Norden und Süden eine Revolution, „die dringend nach ihrem revolutionären Subjekt sucht.“ Die „autoritären Nationalisten“ haben dies begriffen. Sie greifen aktiv ein, werden zum revolutionären Subjekt und haben neben ihrer Vision des gewaltvollen Zurückdrehens der Geschichte durchaus auch schon Fakten geschaffen (in Form von Lagern, Mauern und Säuberungen). Die andere Seite, die „liberalen Internationalisten“, ist Ulrichs Ansicht nach verzagt, weiß nicht recht, was sie von der EU halten soll und würde die Revolution eher „notdürftig“ und „stumm“ managen. Was Ulrich vorschlägt ist, sich der Wirklichkeit beziehungsweise der Welt anzunehmen, eine radikale Diesseitigkeit.

<http://www.zeit.de/2016/28/brexit-eu-austritt-legitimation> (01.07.16)

Ähnlich wie Ulrich argumentiert Politikwissenschaftler Colin Crouch im Interview mit der *Frankfurter Rundschau*. Die Nation erweise sich als kraftvolle Identität in einer Zeit, in der vor allem das „Fremde“ gesehen werde. Daran sei eben problematisch, dass mit der erneuten Betonung nationaler Identität das altbekannte Problem des Hasses auf Minderheiten und der Aggressivität nach Außen auftrete.

<http://www.fr-online.de/brexit/folgen-des-brexit-die-idee-der-nation-wird-missbraucht,34340058,34430852.html> (28.06.16)

- Toman Barsbai und Sebastian Braun fordern in der *taz* ein neues Asylsystem. Bisher gelte das Recht des Stärkeren, die immer neuen Deals und geschlossenen Fluchtrouten führten dazu, dass Reiche, körperlich Fitte und Risikobereite tatsächlich ankommen würden. Stattdessen müsse endlich die Möglichkeit bestehen, an Botschaften der EU im Ausland den Asylantrag zu stellen, Asylanträge innerhalb der EU sollten strikt ausgeschlossen sein. Neben dem Ende des Sterbens im Mittelmeer sowie dem Austrocknen des Schlepperwesens sehen die beiden den Vorteil auch in geringeren Kosten. Gleichzeitig sagen sie auch, dass dieses System nur mit einer Obergrenze funktionieren könnte – dann transparent und mit humanitären Kriterien, doch immer noch eine Obergrenze.
<http://www.taz.de/!5313478/> (28.06.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**